

**Vortrag an den Ministerrat betreffend den ECOFIN-Rat
am 25. Mai 2018 in Brüssel**

Der ECOFIN-Rat hat sich schwerpunktmäßig mit dem Maßnahmen-Paket über die (weitere) Risikoverringeringung im Bankensektor befasst und dazu eine allgemeine Ausrichtung erzielt. Weiters standen die Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs, die Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze für elektronische Publikationen sowie die Einführung eines allgemeinen Reverse Charge Mechanismus auf der Tagesordnung. Mangels der erforderlichen Einstimmigkeit hat es allerdings bei allen drei Legislativvorhaben keine Einigung im ECOFIN-Rat gegeben. Schließlich wurden Schlussfolgerungen zu den Ergebnissen der EK-Tiefenanalyse und zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters sowie zum Bericht über die wirtschaftlichen und budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung angenommen.

Im Mittelpunkt der Diskussion in der Euro-Gruppe standen die aktuellen Entwicklungen in Griechenland. Weitere Themen betrafen die aktuellen Einschätzungen und Perspektiven zur Wirtschaftslage vor dem Hintergrund der am 3. Mai vorgelegten EK-Frühjahrsprognose sowie Best Practices bei Spending Reviews im Rahmen der thematischen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung. Nach der Euro-Gruppe hat außerdem eine weitere Sitzung im inklusiven Format zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion stattgefunden.

Österreich hat als künftige Präsidentschaft zudem am diesjährigen Dialog zu Wirtschafts- und Finanzthemen mit den Staaten des Westbalkans sowie der Türkei teilgenommen. Dabei wurden Maßnahmen zur Stärkung des haushaltspolitischen Rahmens erörtert sowie gemeinsame Schlussfolgerungen über die wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen in diesen Ländern angenommen.

Schließlich hat ein bilaterales Treffen mit dem Finanzminister Deutschlands, Olaf Scholz, stattgefunden, bei dem wir neben den Schwerpunkten der bevorstehenden EU-Präsidentschaft auch bilaterale Themen besprochen haben.

Aktuelle Entwicklungen in Griechenland

Unter diesem TOP haben die Institutionen die Euro-Gruppe über die am 19. Mai erzielte Einigung zu den für den Abschluss des letzten Review erforderlichen Vorleistungen („staff-level agreement“) informiert. Der Schwerpunkt liegt nunmehr auf der erfolgreichen Umsetzung der vereinbarten Reformen bis zur nächsten Sitzung der Euro-Gruppe im Juni. Außerdem wurden die Institutionen mit der Finalisierung der Schuldentragfähigkeitsanalyse (inkl. eines „Growth Adjustment Mechanism“) beauftragt, um so die Grundlage für die letzte Auszahlung sowie für eine Einigung über mögliche mittelfristige Schuldenerleichterungen zu schaffen.

Wirtschaftliche Situation in der Euro-Zone: EK-Frühjahrsprognose

Dazu wurde von der EK berichtet, dass sich die Wachstumsdynamik in der Euro-Zone auch heuer und im nächsten Jahr fortsetzen wird, wobei im nächsten allerdings mit einem leichten Wachstumsrückgang von 2,3% auf 2,0% zu rechnen ist. Das öffentliche Defizit soll sich 2018 weiter auf 0,7% und 2019 auf 0,6% des BIP verringern. Bei der Schuldenquote erwartet die EK einen Rückgang auf 86,5% des BIP heuer und knapp über 84% des BIP im nächsten Jahr. Die Arbeitslosenrate dürfte aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung von 9,1% 2017 auf 8,4% heuer und weiter auf 7,9% im kommenden Jahr sinken. Wiewohl das Wachstum für die Euro-Zone (und die EU insgesamt) im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht hat, haben laut EK die Abwärtsrisiken weiter zugenommen. Der prozyklische US-Fiskalstimulus könnte zu einer starken Korrektur der Geldpolitik führen und damit weltweit die Zinsen für Staatsanleihen beeinflussen. Negative Auswirkungen sind zudem von den anhaltenden Handelskonflikten sowie den aktuellen geopolitischen Spannungen zu befürchten.

Thematische Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung: Spending Reviews

Im Rahmen der thematischen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung hat sich die Euro-Gruppe auf Basis einer EK-Note sowie von Präsentationen zu Best Practices durch Irland und Spanien mit der Verbesserung der Ausgabenstruktur durch Spending Reviews befasst. Nachdem bei der Euro-Gruppe im September 2016 gemeinsame Grundsätze zu Spending

Reviews vereinbart worden waren, hat die EK im vergangenen Jahr eine Befragung der Mitgliedstaaten durchgeführt und die Ergebnisse den Finanzminister/innen vorgestellt. Demnach sind die größten Herausforderungen bei der Durchführung von Spending Reviews insbesondere die komplexen Prozesse, der Mangel an politischen Vorgaben und Entscheidungen sowie fehlendes Personal. Vor diesem Hintergrund wurde die weitere Stärkung des politischen Commitment betont sowie eine erneute Befassung der Euro-Gruppe im kommenden Jahr vereinbart.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Nach der Euro-Gruppe hat eine weitere Sitzung der Finanzminister/innen im inklusiven Format zur Vollendung der Bankenunion sowie zur Weiterentwicklung des ESM stattgefunden. In Bezug auf die weitere Konkretisierung der Roadmap zur Bankenunion wurde vereinbart, dass für das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juni ein Bericht über die Fortschritte bei der Risikoreduzierung sowie über jene Indikatoren, zu denen es zwischenzeitlich breite Unterstützung gibt (u.a. Eigenkapitalquote, MREL, Höhe von NPLs), erstellt wird. Ferner hat der Vorsitzende des EFC über die laufenden technischen Arbeiten an der Weiterentwicklung des ESM berichtet. In diesem Zusammenhang haben sich die Mitgliedstaaten (einmal mehr) dafür ausgesprochen, dass der ESM die Rolle des gemeinsamen Backstop für den Europäischen Bankenabwicklungsfonds übernehmen soll.

Maßnahmen zur (weiteren) Risikoverringung im Bankensektor

Unter diesem TOP hat sich der ECOFIN-Rat nach intensiven Verhandlungen auf die allgemeine Ausrichtung zu den von der EK im November 2016 vorgelegten legislativen Änderungen bei der Bankenaufsicht und Bankenabwicklung geeinigt, durch die insbesondere international bereits im Basler Ausschuss bzw. im FSB vereinbarte Standards zur Sicherung der Finanzstabilität umgesetzt werden. Die Änderungen umfassen u.a. die Einführung verbindlicher Vorgaben im Hinblick auf Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) und Liquiditätsquote („Net stable Funding Ratio“), Vereinfachungen für kleinere Institute (Stichwort: Proportionalität), die Umsetzung des Fundamental Review of the Trading Books („FRTB“) zur besseren Erfassung von Marktrisiken sowie die Umsetzung des FSB-Standards über die Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit („TLAC“). Nach der Einigung auf Ratsebene muss nun die Position des EP abgewartet werden, damit die Trilogverhandlungen beginnen können.

Umsetzung des Europäischen Semesters

Unter diesem TOP wurden Schlussfolgerungen verabschiedet, mit denen die Berichte und Einschätzungen der EK zur Tiefenanalyse im Rahmen der makroökonomischen Überwachung sowie zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen im Wesentlichen bestätigt werden. Demnach wurden bei drei Mitgliedstaaten (HR, IT und CY), die in die Tiefenanalyse einbezogenen waren, tatsächlich übermäßige Ungleichgewichte festgestellt. Ferner wurden die bisherigen Fortschritte bei der Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten anerkannt; gleichzeitig wurde allerdings auf die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen, insbesondere bei der Reduktion der öffentlichen Schulden sowie von hohen Leistungsbilanzüberschüssen hingewiesen. In Bezug auf die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die aktuell günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen zu nutzen, um notwendige Strukturreformen durchzuführen und Fiskalpuffer aufzubauen. Außerdem wurde die Notwendigkeit eines verbesserten Investitionsumfelds zur Stärkung privater Investitionen in die Realwirtschaft betont. Im Hinblick auf den Bankensektor wurde der Rückgang der NPL-Quote hervorgehoben, allerdings die Umsetzung weiterer Maßnahmen im Einklang mit dem Aktionsplan des ECOFIN-Rates von Juli 2017 eingefordert.

Bericht über die wirtschaftlichen und budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung

Auch zu diesem TOP wurden Schlussfolgerungen verabschiedet. Darin werden angesichts des Ergebnisses der von EK und Mitgliedstaaten durchgeführten Projektionen über die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung weitere Maßnahmen zur Dämpfung der Sozialausgaben gefordert, wobei insbesondere die Anhebung des effektiven Pensionsalters sowie Reformen im Gesundheitsbereich und bei der langfristigen Pflege genannt werden. Für Österreich ergeben die Projektionen bei den öffentlichen Ausgaben für Pensionen einen Anstieg bis 2070 um 0,5%-Punkte auf 14,3% des BIP. Die größte Ausgabendynamik ist künftig jedoch in den Bereichen Gesundheit und Pflege zu erwarten. Hier wird ein Anstieg um 1,3%-Punkte auf 8,3% des BIP (2070) bzw. um 1,9%-Punkte auf 3,8% des BIP (2070) prognostiziert.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

2. August 2018

Der Bundesminister:

Löger